

*Demokratie – Wahlen – Unterricht.*

PD Dr. Detlef Eichner (Technische Universität Braunschweig)

Vortrag am 30.03.2009 im Schweriner Schloss

Sehr geehrte Damen,  
sehr geehrte Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich werde meine Ausführungen zum Thema meines Vortrages „Demokratie – Wahlen – Unterricht“ mithilfe von drei Zitaten gliedern. Das erste Zitat stammt von Rolf Wernstedt, dem ehemaligen Kultusminister und späteren Landtagspräsidenten Niedersachsens. Es soll den Versuch anleiten, die Bedeutung von Demokratie didaktisch näher zu beleuchten. Wernstedt sagte anlässlich einer Tagung: „Die Demokratie ist eine ständige Beleidigung eines jeden selbstbewussten Egos.“

Weiterhin orientiere ich meine Ausführungen an einem Zitat des Politikwissenschaftlers Werner J. Patzelt (2003, 63). Er formulierte in provokanter Absicht: „Unsere politischen Institutionen sind gut, unsere Politiker sind brauchbar; der Schwachpunkt unserer Demokratie ist vielmehr der Bürger mit seinen fossilisierten Vorurteilen, seine durch Halbbildung nur überwucherten Wissenslücken, seinem oft nur aufgesetzten Begehren nach politischem Engagement, bei dem man ihn – bitte! – nicht über die Spaßgrenze hinaus fordern soll.“ Dieses Zitat soll eine didaktische Betrachtung des Themenbereiches Wahlen anleiten.

Als Orientierungshilfe für eine didaktische Betrachtung möglicher Konsequenzen für den Politikunterricht dient mir letztlich ein Zitat des Pädagogen Hilbert Meyer (1994, 55). Er schreibt: „Das methodische Handeln des Lehrers steht in dem unaufhebbaren Widerspruch, die Schüler mit Gewalt zur Selbständigkeit führen zu sollen.“

### Zur didaktischen Bedeutung von Demokratie

Zur Einführung in diesen Abschnitt wiederhole ich hier noch einmal das Wernstedt-Zitat: „Die Demokratie ist eine ständige Beleidigung eines jeden selbstbewussten Egos.“ Diese Aussage ruft Verwunderung hervor. Warum soll die Demokratie eine Beleidigung ihrer Bürgerinnen und Bürger darstellen, die ja schließlich alle über ein selbstbewusstes Ego verfügen? Ist die Demokratie nicht ganz im Gegenteil der Triumphzug der Bürger über Willkürherrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung?

Der Begriff Demokratie wird häufig –auch im Politikunterricht- als „Volksherrschaft“ oder „Herrschaft des Volkes“ übersetzt. Dies geht nicht selten mit der Vorstellung einher, dass „wahre“ Demokratie nur in ihren direkten Formen, in Plebisziten zum Ausdruck käme. Die Idee der Demokratie wird in diesem Zusammenhang sehr positiv bewertet. Dem Idealzustand einer „wahren“ Demokratie wird dabei nicht selten als negatives Pendant die Politik gegenübergestellt. Sie wird dann als Hemmschuh für die Durchsetzung von Demokratie, von Bürgerherrschaft angesehen und folglich negativ bewertet. Aus diesem Verständnis ergeben sich Konsequenzen. Die Demokratie erscheint so etlichen Bürgern als in der Zukunft noch zu erreichender Idealzustand. Die Politik wird dann in dieser Sichtweise als gegen die Volksherrschaft arbeitende und damit zu überwindendes System betrachtet. Die Herrschaft des Volkes müsse erst noch durchgesetzt werden, um Demokratie durchzusetzen.

An dieser Stelle wird bereits deutlich, dass die hier geschilderte Vorstellung von Demokratie eschatologische, geradezu heilsversprechende Inhalte aufweist. Welche Hintergründe und Begründungen lassen sich für diesen Dualismus der Gegenüberstellung von Demokratie und Politik einerseits und der idealisierten Überhöhung von Demokratie andererseits im Denken etlicher Bürgerinnen und Bürger ausmachen?

Zunächst lassen sich dafür durchaus positive Entwicklungen anführen. Es ist begründet anzunehmen, dass ein Großteil der bundesdeutschen Bevölkerung die existierende Spielart unserer Demokratie als Selbstverständlichkeit, als Normalität betrachtet. Das war in Deutschland nicht immer so, wie beispielsweise das Scheitern der Weimarer Republik und die sich daran anschließende Herrschaft der Nationalsozialisten oder das autoritäre Regime des real existierenden Sozialismus in der ehemaligen DDR verdeutlichen. Die Entwicklung dahin, die bestehende Form der Demokratie als Normalität anzusehen, ist deshalb eigentlich zu begrüßen. Andererseits werden Selbstverständlichkeiten nicht mehr bewusst wahrgenommen. Ihre Existenz wird selten hinterfragt. Selbstverständlichkeiten werden als gegeben hingenommen und deshalb nur in Ausnahmefällen als bedroht angesehen.

Wird die bestehende Form von Demokratie nicht mehr bewusst wahrgenommen, so kann dadurch der Blick auf die Möglichkeiten, Funktionsprinzipien und Anforderungen dieser anspruchsvollen Herrschaftsform verstellt werden. Unterschiede zu autoritären Regimen oder zu menschenverachtenden Diktaturen werden dann nicht gesehen bzw. der Geschichtsklitterung preisgegeben. Adolf Hitler soll so durchaus Gutes bewirkt haben. Und Freya Klier pointiert bissig: „Die DDR-Vergangenheit schrumpft für viele zu einem Glas Spreewaldgurken.“ (nach Brennecke 2008) So wird deutlich: Es ist begrüßenswert, dass die Mehrheit in unserer Bevölkerung die bestehende Demokratie akzeptiert, sie sogar als selbstverständlichen Bestandteil alltäglicher Lebenspraxis ansieht. Damit rutscht sie allerdings auch auf die Ebene des Nicht-Hinterfragten ab, wodurch individuell konstruierte Geschichtsbilder in eklektizistischer Verwendung zu punktuellen Gegenmodellen zur bestehenden Herrschaftsform der repräsentativen Demokratie werden. Dies stellt zwar eine nicht zu unterschätzende Gefahr für das bestehende Herrschaftsmodell dar, ist aber nicht als Beleidigung der selbstbewussten Egos zu verstehen, wie in dem eingangs angeführten Zitat gesagt wurde.

Die Beleidigung entspringt vielmehr dem Umstand, dass die existierende repräsentative Demokratie Ausdruck einer zivilisatorischen und kulturell überformten Selbstzähmung der Selbstwirksamkeit des Individuums darstellt. Jeder und jede Einzelne sieht sich in der repräsentativen Demokratie gezwungen, trotz ihrer oder seiner bewusst wahrgenommenen Stärken, Fähigkeiten und Vorzüge jeden anderen als prinzipiell gleichwertig anzuerkennen und auf alle Mitmenschen Rücksicht nehmen zu müssen. Körperliche oder beispielsweise auch intellektuelle Überlegenheit als vom Einzelnen wahrgenommener Ausdruck einer Abgrenzung von anderen, als Ausdruck von Wertigkeit und Wichtigkeit des Individuums verlieren so an Bedeutung. Das selbstgewisse und sich seiner Stärken und Fähigkeiten bewusste Ego erfährt im Alltag in der repräsentativen Demokratie eine ständige Missachtung seiner Vorzüge und damit seiner Individualität. Es erfährt tagtäglich, dass es seine Stärken nicht egoistisch oder egozentrisch ausschließlich zu seinen eigenen Gunsten ausspielen darf. Diese Missachtung, diese Beleidigung als systembedingende Notwendigkeit zu erkennen, stellt für viele Bürgerinnen und Bürger eine nur schwer zu meisternde Aufgabe dar, und für einige wird sie sicherlich auch eine Überforderung ihrer Möglichkeiten bedeuten. Die grundlegende Bedeutung von Demokratie besteht in diesem Zusammenhang wohl darin, dass zu ihrer Aufrechterhaltung und Umsetzung eine gesellschaftliche Unterfütterung unverzichtbar ist. Das aber bedeutet, die **Selbstzähmung** der **Selbstwirksamkeit** des **selbstbewussten** Egos nicht als abgeschlossen, sondern als stets wiederkehrende Aufgabe zu betrachten. Dies ist eine der vielfältigen Aufgaben der politischen Bildung.

Es geht darum, die Bedeutung des basalen Wertes der Menschenwürde sowie die Bedeutung der davon abgeleiteten Grundwerte Freiheit, Gleichheit/Gerechtigkeit und Solidarität für das alltägliche Zusammenleben selbstbewusster Egos aufzuzeigen. Es ist der Versuch, egoistische oder egozentrische Perspektiven in für das Zusammenleben wichtigen Teilbereichen zu überwinden, ohne dabei die Individualität aufgeben zu müssen. Es geht darum, einsichtig zu machen, dass aus Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit/Gerechtigkeit und Solidarität sowohl Rechte für das Individuum abzuleiten sind als auch mit Pflichten den anderen Gesellschaftsmitgliedern gegenüber einhergehen. Das tägliche Praktizieren menschenwürdigen Verhaltens anderen gegenüber, der respektvolle und auf Fairness gegründete Umgang mit den Mitmenschen dient gerade nachwachsenden Generationen sicherlich als unverzichtbare Möglichkeit zur Gewöhnung an demokratische Werte. Und gleichzeitig ist es damit nicht getan. Die Entscheidung darüber, wie viel Freiheit dem Einzelnen zugestanden werden soll, wo und in welchen Bereichen der Gleichheit Vorrang der individuellen Freiheit gegenüber eingeräumt werden soll und wer mit wem in welchen Situationen Solidarität üben soll, ist aus Gewöhnung allein nicht überlegt zu treffen. Dazu bedarf es darüber hinaus auch der Einübung einer bestimmten, nennen wir es hier zunächst werteorientierten Denkhaltung.

Daraus folgt: Die Demokratie bedarf einerseits der Gewöhnung. Andererseits ist sie eine intellektuell hoch anspruchsvolle Herrschaftsform. Die zum Verständnis und zum verantwortungsvollen Umgang mit der Demokratie notwendigen intellektuellen Grundlagen zu schaffen, ist der politischen Bildung als Aufgabe gegeben. Nehmen wir diese Aufgabe nicht ernst oder trauen wir einem Teil der nachwachsenden Generationen nicht zu, die intellektuellen Anforderungen erfüllen zu können, so müssen wir uns über die daraus entstehenden Konsequenzen bewusst sein. Diese können darin bestehen, dass die existierende Spielart der Demokratie für einen nicht zu unterschätzenden Teil der Bürgerinnen und Bürger eine nicht bewusste und nicht hinterfragte Normalität darstellt. Geschichtlich Erträgliches wird dann nicht wertgeschätzt und als verteidigungswert beurteilt werden. Geschichtsklitterungen stellen so Errungenschaften der Demokratisierung in Frage. Gelingt es uns nicht oder nehmen wir es gar nicht erst in Angriff, die Demokratie idealisierender Betrachtungsweisen zu entkleiden, dann produzieren wir eine Bedrohung der Demokratie. Ist es denn wirklich undenkbar, so muss gefragt werden, dass ein zwangsläufiges Scheitern beim Umsetzen idealisiert überhöhter Vorstellungen von Demokratie auch zur grundsätzlichen Ablehnung der Demokratie allgemein führen kann?

Letztlich bleibt die vielfach festzustellende und bereits angeführte Unterscheidung in gute Demokratie und schlechte Politik zu betrachten. Dies leitet zum nächsten Abschnitt meines Vortrages über.

### Zur didaktischen Bedeutung von Wahlen

Zunächst wiederhole ich hier noch einmal das eingangs bereits erwähnte Zitat Patzelts: „Unsere politischen Institutionen sind gut, unsere Politiker sind brauchbar; der Schwachpunkt unserer Demokratie ist vielmehr der Bürger mit seinen fossilisierten Vorurteilen, seine durch Halbbildung nur überwucherten Wissenslücken, seinem oft nur aufgesetzten Begehren nach politischem Engagement, bei dem man ihn – bitte! – nicht über die Spaßgrenze hinaus fordern soll.“

An dieser Stelle soll ein kurzer und sehr eingeschränkter Blick auf die wissenschaftlichen und verfassungsmäßigen Grundlagen zum Thema Wahlen eingefügt werden. Auf diese Weise sollen die von Patzelt gelobten politischen Institutionen noch einmal in Erinnerung gerufen werden. Anschließend wird der Frage nachgegangen, ob seine Bürgerschelte berechtigt ist.

Die Volkssouveränität ist im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland im Art. 20 Absatz 2 verankert. Dort heißt es: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Ihre staatliche Macht üben die Bürgerinnen und Bürger vornehmlich durch Wahlen und Abstimmungen aus, d.h. sie bestimmen per Wahl Vertreter, die an ihrer statt politische Entscheidungen treffen. Diese Repräsentanten wirken zwar als Treuhänder des Volkes; sie sind in ihren politischen Entscheidungen allerdings keinem imperativen Mandat unterworfen. Gleichwohl unterliegen sie durch die Periodizität demokratischer Wahlen der Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger. Der Souverän kann sie dementsprechend auch abwählen.

Im politischen System der Bundesrepublik Deutschland spiegeln sich historische Erfahrungen aus der Zeit der Weimarer Republik wider. Nur aus dieser Perspektive lässt sich verstehen, warum der Parlamentarische Rat auf ein fast ausschließliches Repräsentativsystem setzte und die direkten Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger drastisch beschnitt.

Da Wahlen auch außerhalb demokratischer Systeme stattfinden können, müssen sie in der Demokratie weiteren Kriterien entsprechen. Zunächst sind hier vor allem die Wahlgrundsätze zu nennen, die im Art. 38 Absatz 1 des Grundgesetzes formuliert sind. Dort heißt es: „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier,

gleicher und geheimer Wahl gewählt.“ Weiterhin gilt für demokratische, auch als kompetitiv bezeichnete Wahlen, dass die durch sie übertragene Macht einer zeitlichen Begrenzung unterliegt. Damit durch Wahlen Ämter optional besetzt und auch ein Wechsel in der Machtübertragung möglich ist, ist das Vorhandensein von personellen oder inhaltlich-programmatischen Alternativen notwendig. Die so um die politische Macht konkurrierenden Personen und Parteien müssen in einem freien Wettbewerb für ihre Ziele und Programme werben können, um dadurch den Pluralismus von Interessen, Zielsetzungen und Problemlösungen in einer offenen Gesellschaft widerzuspiegeln. Zwischen den Alternativen aufzeigenden Kandidaten und Parteien besteht dabei prinzipiell Chancengleichheit, in ein angestrebtes Amt gewählt zu werden oder Entscheidungs- und Gestaltungsmacht übertragen zu bekommen.

Im repräsentativen System der Bundesrepublik Deutschland stellt die Teilnahme an Wahlen für die überwiegende Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger das wichtigste, vielfach auch das einzige Moment politischer Partizipation dar. Wie ist vor diesem Hintergrund die an einigen Orten zu beobachtende sinkende Beteiligung an Kommunalwahlen oder die auf teilweise geringem Niveau stagnierende Teilnahme an Landtags-, Bundestags- und Europawahlen zu erklären?

Einerseits kann mit Joachim Detjen (2000, 25) darauf verwiesen werden, „dass es nicht automatisch um eine Demokratie umso besser steht, je mehr Bürger sich beteiligen. Eine hohe Wahlbeteiligung ist nicht unbedingt ein sicheres Indiz für demokratische Stabilität und Bürgersinn.“ Sinkende oder auf geringem Niveau stagnierende Wahlbeteiligungen können in dieser Auslegung als Zeichen für eine Konsolidierung unserer Demokratie verstanden werden.

Trifft diese Annahme zu, dann wären die Bürgerinnen und Bürger sehr wohl in der Lage, das politische System, seine Spielregeln zu verstehen und gezielt zu nutzen. Solange es dann bei einer Wahl nicht um Entscheidungen über als wirklich wichtig erachtete Fragen oder gar um die Abwendung einer als Bedrohung empfundenen Situation geht, vertrauen die Bürgerinnen und Bürger den „Selbstregelungs- und Selbstheilungskräften“ der Demokratie und nehmen an einer Wahl nicht teil. Der Demokratie wird in dieser möglichen Perspektive also eine Art Urvertrauen entgegengebracht. Bürgerinnen und Bürger agieren in dieser Auslegung sehr überlegt und mündig und stellen keinesfalls einen Schwachpunkt des Systems dar, wie Patzelt kritisiert.

Andererseits können sinkende oder auf geringem Niveau stagnierende Wahlbeteiligungen ebenso wie die feststellbare abnehmende Bereitschaft, sich in politischen Parteien zu engagieren, als Ausdruck und Indiz für Politikmüdigkeit, Politik- oder gar Demokratieverdrossenheit gewertet werden. In diesem Zusammenhang ist auch auf das seit Jahren geringe Ansehen zu verweisen, das Politikerinnen und Politiker in der Bürgerschaft genießen. Hier kann gefragt werden, ob das von Patzelt so gelobte politische System der Bundesrepublik, das in der Tat seine Funktionsfähigkeit in den letzten Jahrzehnten teilweise sogar unter schwierigen Bedingungen eindrucksvoll unter Beweis gestellt hat, vielleicht so kompliziert ist, dass es von den Bürgern gar nicht mehr verstanden werden kann. Es sollte nicht vergessen werden, dass in einigen Bereichen mittlerweile sogar Fachleute Probleme haben, das politische Geschehen mit den daran angebotenen institutionellen Verschränkungen vollständig zu erfassen. Wie soll es der Bürger oder die Bürgerin verstehen? Gerhard Himmelmann (1998, 50) betont in realistischer Betrachtung, dass sich die Bürger eben nicht ausschließlich mit Politik beschäftigen. Ich zitiere: „Im Übrigen widmen sie sich eben ihren alternativen Rollenanforderungen als Familienmitglied, als Berufstätiger, als Wirtschaftsbürger oder pflegen ihre Interessen im Privaten, in Freizeit und Kultur, vor den Medien oder in schlichter Muße.“ Sollte die Annahme zutreffen, dass das politische Geschehen und das Agieren des politischen Institutionengefüges von einem nicht zu unterschätzenden Teil der Bevölkerung nicht oder nicht mehr verstanden wird, dann könnte dies eine Begründung für die Gegenüberstellung von als gut bewerteter Demokratie und als schlecht abgeurteilter Politik darstellen. Bei allem Verständnis für die Bürgerinnen und Bürger, in deren Denken und Handeln Politik aufgrund vielfältigster Anforderungen nur einen geringen Stellenwert einnimmt, so kann uns diese mögliche Erklärung gerade als politische Bildner nicht zufrieden stellen.

Trotz aller wie auch immer begründeten oder auch unbegründeten Unzufriedenheit mit unseren Parteien und politischen Akteuren wissen wir sehr wohl, dass wir selbst eben gerade wegen unserer vielfältigen Aufgaben und Anforderungen selbst nicht in der Lage und willens sind, uns ständig und überall politisch zu beteiligen. Von daher haben wir uns im Repräsentationsprinzip unseres demokratischen Modells recht komfortabel eingerichtet. Zusätzlich müsste es uns eigentlich bewusst sein, dass Politikerinnen und Politiker Menschen wie wir sind und deshalb Fehler haben und Fehler machen. Uns müsste ebenso bekannt sein, dass politische Institutionen dazu neigen, selbstreferentiell zu handeln und mitunter einer nicht bürgernahen Logik folgen. Das alles müsste uns bekannt und bewusst sein. Und in der Logik unseres politischen Systems als Ausdruck einer bestimmten Spielart der Demokratie sollte dies alles Anlass für uns sein, das politische Geschehen in den Massenmedien aufmerksam zu verfolgen, alternative politische Regelungsvorschläge

abwägend zu beurteilen und anschließend unsere kontrollierende Rolle als mündige Bürger in der repräsentativen Demokratie zumindest durch überlegte Stimmabgabe auszufüllen. Stattdessen kritisieren wir die programmatische Nähe der Parteien zueinander, die sich dem Entdecken bestehender Unterschiede auf den ersten Blick sperrt. Wir beklagen die Abgehobenheit von Politik und Politikern und merken dabei mitunter gar nicht, dass wir als Maßstab für unsere Verurteilung den eigenen Bauchnabel anlegen. Wir stehen angewidert vor den Auseinandersetzungen zwischen Parteien und Politikern und wenden uns ab. Konflikte empfinden nicht wenige Bürger in ihrem privaten Bereich als unangenehm. Leider wird dabei allzu häufig übersehen, dass die Privatsphäre nicht mit dem öffentlichen Bereich der Politik gleichzusetzen ist. Politik in der Demokratie lebt geradezu von der öffentlichen Darstellung unterschiedlicher Optionen und von Alternativen z.B. in der Gewichtung der Grundwerte zueinander. Der Konflikt ist ein Merkmal des Systems. Dies verstehen zu wollen bedarf einiger kognitiver Anstrengung. Es ist deutlich einfacher, die Politik einer Pauschalkritik zu unterziehen und stattdessen einer idealisiert überhöhten Vorstellung von Demokratie anzuhängen, die erreicht werden könnte, wenn die Politik nur auf den Bürgerwillen eingehen würde. Die Erkenntnis, dass es den einzigen Bürgerwillen in einer offenen pluralistischen Gesellschaft nicht gibt, setzt voraus, dass man über gesellschaftliches Wissen, politisches Institutionenwissen und die Befähigung zum politischen Denken und Urteilen verfügen kann.

Damit ist der Unterricht zur politischen Bildung angesprochen.

#### Mögliche Konsequenzen für den Politikunterricht

Wie in den Abschnitten zuvor, möchte ich auch hier noch einmal das zur Orientierung herangezogene Zitat wiederholen: „Das methodische Handeln des Lehrers steht in dem unaufhebbaren Widerspruch, die Schüler mit Gewalt zur Selbständigkeit führen zu sollen.“

Politische Bildung als Unterrichtsfach kann mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen versehen werden. Unbestreitbar ist aber, dass den Bürgerinnen und Bürgern wie dargestellt selbst in dem wenige Möglichkeiten zur direkten Partizipation eröffnenden und überwiegend repräsentativ angelegten Demokratiemodell der Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Aufgabe zukommt. Damit sie diese kompetent bewältigen können, müssen sie befähigt werden, die anspruchsvolle Bürgerrolle in der Demokratie wahrnehmen zu können. Nachwachsende Generationen auf die Übernahme der Bürgerrolle in der Demokratie vorzubereiten ist u.a. die Aufgabe des Unterrichtsfachs zur politischen Bildung.

Im Unterricht zur politischen Bildung muss wie in jedem anderen Fach soziales Lernen stattfinden. Die Schülerinnen und Schüler erfahren so im täglichen Umgang miteinander und im Verhalten der Lehrkräfte ihnen gegenüber die Bedeutung der Menschenwürde sowie der Grundwerte für das Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft. Ebenso hilfreich wie notwendig ist es, dass die Lehrerin oder der Lehrer den Jugendlichen auf der Grundlage von Lebenserfahrung und Wissensvorsprung praktische Tipps zur Gestaltung eines möglichst erfüllten Lebens gibt. Solche konkreten Lebenshilfen sind z.B. angebracht, um Jugendliche vor den möglichen gesundheitlichen Folgen des übermäßigen Genusses von Fastfood-Produkten zu warnen, sie über die Gefahren des „Koma-Trinkens“ und der Einnahme von Drogen allgemein aufzuklären oder sie vor Überschuldung zu warnen.

Soziales Lernen und konkrete Lebenshilfen gehören, da besteht wohl kaum begründbarer Zweifel, zur Schulbildung und müssen auch Anteil am Politikunterricht haben. Dominieren aber soziales Lernen oder konkrete Lebenshilfen die politische Bildung, dann wird die Behandlung von Politik im Unterricht erfolgreich vermieden. Die Möglichkeit, den Zwangscharakter des allgemeinbildenden Schulwesens auch zum Einüben in politisches Denken zu nutzen, wird so verschenkt. Als Begründung für die Vermeidung politischer Unterrichtsinhalte wird häufig die veränderte Schülerschaft angeführt, für die Politik zu komplex sei, als dass sie von ihnen verstanden werden könnte. Anstatt die Jugendlichen mit ihren Lernausgangslagen als Anreiz für politische Bildung zu verstehen, werden sie von politischem Unterricht ausgeschlossen. Produziert, so kann überspitzt gefragt werden, der Politikunterricht also Bürgerinnen und Bürger erster und zweiter Klasse? Entscheiden Politiklehrerinnen und –lehrer darüber, welche Jugendlichen politisch gebildet werden und wer von ihnen „nur“ in den Genuss sozialen Lernens und konkreter Lebenshilfen kommt?

Wer es nicht gelernt hat, politisch zu denken, wem es aus vermeintlich guten Gründen erspart blieb, sich mit den komplexen Inhalten demokratischer Politik kognitiv auseinander zu setzen, der wird die umgebende gesellschaftlich-politische Wirklichkeit nicht gedanklich durchdringen können. Es steht zu befürchten, dass derart geschulte Jugendliche die Bürgerrolle in der Demokratie nicht mündig wahrnehmen. Für diese Bürger liegt es dann nahe, sich ausschließlich an der Befriedigung der eigenen Bedürfnisse und Interessen zu orientieren und die bestehende Demokratie und die in ihr stattfindenden politischen Prozesse ausschließlich an privatisierenden Kriterien orientiert zu beurteilen. Es besteht die begründete Vermutung, dass auf diesem Wege nicht nur Politikverdrossenheit als Ausdruck der Unfähigkeit wächst, die komplexe Politik in der Demokratie zu verstehen, sondern auch die privaten Anforderungen und Erwartungen die realistischen Möglichkeiten des

demokratischen Modells der Bundesrepublik überfordern. Es könnten solche Einstellungen zunehmen, die durch eine die Demokratie im Ganzen ablehnende Haltung geprägt sind.

In der Demokratie werden den Menschen grundlegende politische Rechte zugestanden, die von diesen kompetent wahrgenommen werden müssen, um Mündigkeit zu leben und Menschenwürde sowie die Grundwerte Freiheit, Gleichheit/Gerechtigkeit und Solidarität begründet abwägend im politischen Prozess geltend zu machen. Dabei gilt der normative Grundsatz, dass prinzipiell alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer Herkunft, Intelligenz, ihrem sozialen Status usw. dazu in der Lage sind. Die Entscheidung darüber, ob sie die anspruchsvolle Bürgerrolle in der Demokratie ausfüllen möchten, liegt ganz alleine bei ihnen selbst. Von daher verbietet es sich aus der Demokratie heraus, dass bestimmte Jugendliche durch schulische Selektion von politischer Bildung mit Politik als inhaltlichem Kern ausgeschlossen werden. Alle Nachwachsenden müssen befähigt werden, sich selbstständig über politische Probleme und Prozesse zu informieren, sich ihrer eigenen und fremder Interessen bewusst zu werden und selbstbestimmt am politischen Prozess teilzuhaben. Schulische politische Bildung als staatliche Zwangsveranstaltung dient somit dem Ziel, Jugendliche auf die Selbstständigkeit, auf die Mündigkeit, auf die Wahrnehmung der Bürgerrolle als optionale Wahlmöglichkeit vorzubereiten.

Dies stellt Lehrerinnen und Lehrer vor eine anspruchsvolle Aufgabe. Sie müssen die demokratisch-politische Wirklichkeit didaktisch **reduzieren** und in Unterrichtsinhalte **transformieren**. Sie müssen den Schülerinnen und Schülern praktikable Möglichkeiten und Zugänge zum politischen **Analysieren, Beurteilen und Handeln** aufzeigen und tagtäglich, nicht nur und nicht erst vor anstehenden Wahlen im Unterricht üben. Sie müssen bereit sein, Jugendliche **nicht** als Objekte der Belehrung zu betrachten und zu behandeln, sondern ihnen einen Subjektstatus zuzugestehen. Nur so kann die Bürgerrolle in der Demokratie im Politikunterricht erprobend eingeübt werden. Dazu ist es aber notwendig, dass das Umstrittene, noch nicht Geklärte zum Unterrichtsinhalt wird. Das Pauken und Auswendiglernen von institutionenkundlichem Wissen kann zwar gut überprüft und leicht benotet werden. Mit politischem Analysieren und Beurteilen hat ein solches unterrichtliches Vorgehen wenig gemein. Den Heranwachsenden sollten im Unterricht vielmehr Möglichkeiten eröffnet werden, politische Fragen und Prozesse gedanklich zu durchdringen und einer begründeten Beurteilung zu unterziehen. Lehrer und Schüler stehen zumindest beim politischen Urteilen auf einer Stufe. Der Unterricht findet auf gleicher Augenhöhe statt. Die Lehrkraft entlässt die Schüler dann probeweise in die Mündigkeit. Auf diese Weise kann die Bedeutung von Politik für den Lebensalltag der Jugendlichen aufgezeigt und einer

Entfremdung von der Politik und einer idealisierenden Überhöhung von Demokratie entgegengewirkt werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

**Literatur:**

Eichner, Detlef 2008: Politische Bildung als Bürgerbildung. In: Ders. (Hrsg.): Demokratie heute. Anregungen für einen aktuellen Politikunterricht. Braunschweig, S. 7 – 10

Ders. 2008: Kompetenzen im Politikunterricht. In: ebd., S. 11 - 16

Detjen, Joachim 2000: Bürgerleitbilder in der politischen Bildung. In: Politische Bildung H. 4, S. 19 – 38

Himmelmann, Gerhard 1998: Das Bild des Bürgers in der politikwissenschaftlichen Theorie und in der politischen Praxis – Grundlagen für die „Handlungsorientierung“ im politischen Unterricht. In: Gotthard Breit/Siegfried Schiele (Hrsg.): Handlungsorientierung im Politikunterricht. Schwalbach/Ts. S. 35 - 61

Meyer, Hilbert 1994: Unterrichtsmethoden I: Theorieband. 6. Aufl., Frankfurt a.M.

Patzelt, Werner J. 2003: Die Deutschen und ihre politischen Missverständnisse. In: Politische Bildung H. 3, S. 58 - 74